

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, 100 W. D. Durch den Verlag 1,40 W. für die Woche. 10 W. für den Monat. Durch die Post 1,10 W. für den Monat. Postfach Nr. 23 800, Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Berlin. Fernruf: 10 11 11; Telegramm: 10 11 11.

Sonntag, den 3. Juli 1921

Abendausgabe: Die sozialistische Arbeiter-Zeitung oder deren Name 0,40 W. monatlich 0,90 W. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Verträge und Vermählungsanzeigen 0,40 W. Preisliste: Die Arbeiter-Zeitung, 3. Ausgabe oder deren Name im Jahr 1,- W.

Die Kommunisten und die Sanktionen.

Die U.S.P.D. bleibt Regierungspartei.

(Reichstags-Sitzung vom 1. Juli 1921.)
 Zum Gesetzentwurf zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen bestimmte behördliche Stellen befugt sein sollen, zur Ueberwachung der Sendungen zwischen dem unbesetzten und besetzten Gebiet in den Postdienststräumen einzelne Pakete zu öffnen, spricht Abg. Dr. Geier (Komm.): Das Gesetz soll zum Zwecke einer politischen Postkontrolle ausgenutzt werden. Obgleich schon nach unsere ganze Korrespondenz mit dem Ausland fast regelmäßig gegen Recht und Gesetz überwacht. Dieses Gesetz, das den ausführenden Stellen vollkommen freie Hand läßt, überträgt die postzeitliche Ueberwachung auch auf die Paket-sendungen. Unsere Flugblätterfindungen in das besetzte Gebiet werden schon jetzt regelmäßig geöffnet. In diesen Tagen wieder wurden 4 Zentner Flugblätter unserer Partei in Rheinland-Westfalen beschlagnahmt. Es ist notwendig, daß dieses Gesetz auf das genaueste überprüft wird. Der Antrag des Genossen Geier auf Ueberweisung des Entwurfes an den Postgebührenausschuß wird angenommen.

Fortsetzung der Debatte über die Sanktionen.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wird dann unter kurzer Auslegung der Beratung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen. Bei den Sozialdemokraten wäre es gelegen, die Annahme dieses reaktionären Gesetzes zu verhindern, da für dessen Annahme zwei Drittel des Hauses sich erklären mußten. Sie zogen es vor, für das Gesetz zu stimmen, das die Staatsgerichtshöfe deutschnationalen Beamten ausliefert. In der Fortsetzung der Debatte hält

Abg. Dr. Brecht (U.S.P.)

eine ausgesprochene Regierungssprache, die wir ausführlich bringen, weil sie in ihrer Antisozialität gegenüber dem Ententeimperialismus und dem nochmaligen Vertrauensvotum an die Regierung nach deren ganzem Willen gegen die Arbeiterschaft die vollendete Verkommenheit der U.S.P. zeigt. Wir stehen nicht beiseite, wenn die Aufhebung der Sanktionen mit aller Dringlichkeit gefordert wird. Die Regierung tut soviel, als sie tun kann. (1) Sie hat vollständige Beweise ihres guten Willens zur Erfüllung des Ultimatus vorgelegt. Eine rechtsstehende Regierung könnte drüber nicht mehr Symphonien ertönen. Der Redner der Deutschen Volkspartei meinte, die Arbeiterschaft wolle die Regierung fürchten, wenn sie die Aufhebung der Sanktionen nicht erreiche. Wir denken nicht daran. Die gesamte Arbeiterschaft denkt nicht daran, für Sie die Kaskaden aus dem Feuer zu holen. Wenn Sie die Regierung stürzen wollen, dann müssen Sie es selbst tun. Die Arbeiterschaft wird alles zur Abwehr gegen die Reaktionäre tun. In Paris sagt man, man müsse die Sanktionen aufrecht erhalten, weil diese Regierung nicht auf festen Füßen stehe. So steuern Sie der Entente Vorwand zur Aufrechterhaltung der Sanktionen. Sie stürmen gegen die Regierung wegen ihres unrichtigen Bekenntnisses zur Demokratie und zum Republikanismus, der in dieser Regierung verdrängt ist. (1) Wir unsererseits sind weit davon entfernt, der Regierung eine Blankovollmacht zu geben.

Wir wachen darauf, was sie leistet.

Sobald sie den Anschein erweckt, als ob sie die Unterstützung der Rechten sucht, dann werden wir sie mit allen Mitteln bekämpfen. Die französische Politik ist sehr dumm, die deutsch-nationale Politik ist Wahnsinn.

Was aber sollen wir tun?

1. Wir müssen einen durch nichts unterbrochenen Beweis dafür liefern, daß Deutschland zur Erfüllung bereit ist.
2. Wir müssen alles tun, um zu zeigen, daß die Regierung nichts gemein hat mit der demagogischen Hege, von welcher Seite auch immer.
3. Wir müssen an das Gerechtigkeitsgefühl und die Vernunft der Elemente in England, Italien und Frankreich appellieren. (Zwischenruf rechts: Wohl die Sozialisten?) Ich appelliere nicht allein an die Arbeiter, sondern auch an die vernünftigen Vertreter Ihrer Schichten, die ein wirkliches Verständnis für ihre eigenen Interessen haben. Wir müssen uns aber helfen, die Entente-Staaten gegeneinander zu verheizen. Das Sabotageverbot ist bloß, da man brauchen weiß, daß Ihre Säbel zu rostig sind, um einen äußeren Feind zu besiegen, wenn sie auch dazu ausreichen, um die Arbeiter niederzuschlagen, wenn sie berechnete Forderungen stellen. (Beifall bei der U.S.P.)

Abg. Dr. Koch (Komm.) behauptet, daß jede innerpolitische Debatte jetzt vollkommen überflüssig sei, es gelte einen einheitlichen Kampf gegen die Sanktionen zu führen.

Abg. Hölein (Komm.):

Den Interpellanten kommt es nur darauf an, von dieser Stelle aus wieder einen nationalistischen Rummel zu entfachen. (Lachen rechts.) Die Rechte wirft die Frage auf, ob die Sanktionen im Einklange stehen mit dem Friedensvertrage und dem Völkerrecht. Auch der Reichskanzler hat in seiner Programmrede diese Frage eröffnet. Diese Kreise aber haben kein Recht, von Gerechtigkeit zu sprechen, sich auf Friedensverträge und Völkerrecht zu berufen. Sie haben selbst der Welt das Beispiel der brutalsten Gewaltanwendung ohne Rücksicht auf alles Recht gegeben. Sie haben 1918 den Vertrag mit Belgien von dieser Stelle aus als einen heben Papier bezeichnet und Belgien überfallen. Die Vertragstreue der Kapitalisten aller Nationen wohnt nur so lange, als diese Irene sich lösen in klingende Münze wieht. (Lachen rechts gewandt): Sie haben während des ganzen Krieges das Völkerrecht ununterbrochen mit Füßen getreten. Sie haben gütige Gase verwendet, offene Städte mit Bomben beworfen, Deportationen verbrocher Einwohner der besetzten Gebiete vorgenommen, die Einwohner zur Erzeugung von Waffen gegen ihre eigenen Volk gezwungen. Sie haben den Raub des Privatigentums durch deutsche Behörden, den Mißbrauch der Kriegsgesetze, ihre Mißhandlung und Ermordung veranlaßt. Die Remodie vor dem Leipziger Gericht (Rechts: Kampf) hat nicht bewiesen! Hoff auf wie Sie sich an das Völkerrecht an-

halten haben. Jetzt, da Sie nicht mehr die Möglichkeit haben, Ihre Blut- und Gewaltpolitik nach außen fortzusetzen, winkeln Sie um Gerechtigkeit.

In der kapitalistischen Welt gibt es kein Recht, gibt es nur die Gewalt.

Und wenn Ihre Politik gegen die Arbeiter der Maßstab dafür sein soll, was Sie tun würden, wenn Sie die Macht hätten, nach außen Ihren Willen durchzusetzen, dann ergibt sich daraus, daß Sie ebenso handeln würden.

Wenn Ihre Gesetze zur Unterdrückung nicht ausreichen, dann schaffen Sie sich eben eine neue sogenannte Rechtsgrundlage. Das zeigte schon Ihr Vorgehen vor dem Krüge, als Rosa Luxemburg vor die Strafkammer in Frankfurt geschleift und gegen das bestehende Gesetz verurteilt wurde. Die Einführung der Sondergerichte durch Ebert ist ein schamloser Bruch der Verfassung und zeigt, wie Sie selbst das Recht achten, um das sie der Entente gegenüber winkeln.

Der Mord von Arbeitern wird immer planmäßiger und systematischer durchgeführt. Hölz darf von seinen Verteidigern nicht begleitet werden. Man will ihn auf dem Transport ermorden.

In Brest-Litowsk und Bukarest haben wir es gesehen, wie das feige Deutschland ebenso brutal gehandelt hat wie jetzt Frankreich und England. Damals hat General Hoffmann das Faustrecht des Siegers gegenüber den Besiegten, des Stärkeren, verübt. Jetzt sind Sie die Besiegten.

In Wirklichkeit werden die Sanktionen durchgeführt, um erstens die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt anzuschalten, zweitens die politische und wirtschaftliche Angliederung eines Teiles Deutschlands an Frankreich mit allen Mitteln durchzusetzen. Wenn auch Frankreich und England verschiedene Interessen haben, so bekämpfen sie beide doch die deutsche Konkurrenz mit allen Mitteln. Die deutschen Kapitalisten antworten mit einer steigenden Schmutz- und Schleuderbombenkonkurrenz, gegen die sich das Ausland durch erhöhte Zölle, Antidumping zu schützen sucht. Frankreich ist durch seine Schuldenlast gezwungen, möglichst viel aus Deutschland auszuquetschen. Selbst vor dem besiegten Deutschland hat es noch Furcht und deswegen soll Deutschland wirtschaftlich und politisch verrückt und Frankreich Macht durch Angliederung der Kohlen- und Erzgebiete erhöht werden. Deutsche kapitalistische Kreise selbst arbeiten ebenfalls an der Zerreißung Deutschlands. Wir Kommunisten arbeiten dagegen, daß deutsches Proletariat abgepalten und dem französischen Kapitalismus ausgeliefert werde.

Der Weltmarkt ist zu eng geworden für die Produktionskräfte.

Wir müssen mit der weiteren Verschärfung der politischen Zwangsmassnahmen der Entente mit weiteren Sanktionen rechnen.

Die großen Patrioten aber politieren mit dem Erbfeinde und liefern deutsche Industrieunternehmen dem französischen Kapital aus.

Dieserigen, die durch die Sanktionen leiden, sind die Arbeiter.

Zu vermehrter Arbeitslosigkeit, zu Lohnherabsetzungen mit Hilfe von Betriebsstillegungen, zur Ausdehnung der Arbeitszeit sind die Sanktionen der Vorwand.

Das Kapital sucht einen Teil der Arbeiter gegen die anderen auszuspielen. Es kann aber jetzt für die deutschen Arbeiter so wenig einen Burgfrieden geben wie im Weltkrieg.

Die nationale Einheitsfront ist nur ein Mittel, um die Folgen der Verbrechen der herrschenden Klasse auf die Arbeiter abzuwälzen. Und schon haben die Gewerkschaftler zugegeben, daß nur durch die Abstellung der Arbeiter die Forderungen erfüllt werden können. Die deutschen Arbeiter können nicht anders als den Kampf gegen diesen Schwindel der nationalen Einheitsfront führen. Sie müssen den Kampf gegen die Sanktionen, die die Arbeiterklasse verelenden lassen, führen. Aber wir werden nicht durch nationalitätliche Verheugung den Kampf führen. Vor allem müssen wir den inneren Feind, das deutsche Kapital besiegen, um dann mit Hilfe der französischen und englischen Arbeiter jene Kapitalisten zu stürzen. Der einzige Ausweg ist die Errichtung des Sowjet-Staates und damit der Anschluß an Sowjet-Rußland, dem Zentrum der Welt-Revolution, von dem die Gesundung Europas ausgehen wird. Nur durch ein aktives Kampfen der deutschen Arbeiter können wir eine Unterwerfung des ausländischen Proletariats erzielen und nicht dadurch, daß wir uns, wie die U.S.P.D. will, an das Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiter und vernünftigen Kapitalisten drücken werden. Auch das Entente-Kapital ist nicht allmächtig. Das Auftreten der französischen Retruken und die Entlassung französischer Jahrgänge infolge der Tätigkeit unserer Genossen drücken sich ein Beweis dafür.

Die Sozialdemokraten besiegeln wieder ihr unwürdiges Bündnis mit dem Kapital. Sie übernehmen die Rolle der Sklavenhalter für die Bourgeoisie. Dabei werden sie getreulich von der Arbeiterpartei der Internationale unterstützt.

Zwischen der U.S.P.D. und der SPD besteht nur ein gradueller Unterschied. Auch sie tragen die Verantwortung für diese Regierung.

Genosse Hölein verpflichtet die Ausführungen Brechtschwebs und zeigt, wie die U.S.P. seit der Annahme des Ultimatus immer mehr die deutschen Arbeiter dem deutschen und internationalen Kapitalismus ausliefert. Er schließt: Nur ein proletarisches Deutschland kann mit Hilfe des revolutionären Proletariats der Entente und im Bunde mit Sowjetrußland herstellen, was der Imperialismus zerstört hat. Nur die Revolution in Deutschland kann jene proletarischen Kräfte in der Entente entseffen, die nach der Revolution den Frieden sichern. Denn solange es einen Kapitalismus gibt, kann es keinen Frieden geben. Wir rufen die Massen auf zum Kampf! (Beifall bei den Kommunisten. Klatschen auf der Tribüne. Präsident Voede: Beifallskundgebungen sind nicht zulässig.) Die folgenden Redner der bayerischen Volkspartei und der deutschen Volkspartei setzen den Kampfspruch fort und sprechen dem Sozialdemokraten Hoffmann für sein wackelndes Bündnis ihren Dank aus.

Die weiße Justiz am Brauger.

Anlagereredede des Genossen Raß im Landtag.

Wieder einmal wird im Landtag die Frage der Klassenjustiz aufgerollt. Die Redner der bürgerlichen Parteien stellen sich in einheitlicher Front vor die „unabhängigen, unparteiischen Richter“. Den Ausführungen der Linken antworten sie mit höhnischen Zwischenrufen. Sie wissen, daß sie sich auf „ihre“ Richter verlassen können. Gewaltiges Anklagematerial wird von den Rednern der Linken, Gen. Raß und Abg. Liebknecht (U.S.P.) in scharfer Rede vorgebracht. Der Justizminister sitzt am Regierungstische. Ab und zu greift er zum Stift. Die Regierung „nimmt Kenntnis“. Ob einer der Herren am grünen Tisch den vorgebrachten fürchterlichen Tatsachen und grauenhaften Einzelheiten tiefere Beachtung schenken wird? Wir glauben es nicht!

Unser Genosse hat über die engen Parlamentsmauern hinausgesprochen. Die Massen der breiten Arbeiterschaft sollen ihn hören, sollen aus seinem Munde die wahren Justizverbrechen vernehmen, die Schandtat einer „Rechts-Fluppe“, die von unseren Genossen mit Recht als Sure der kapitalistischen Klasse gekennzeichnet wurde.

Donnerstag, den 30. Juni.

Der Gesetzentwurf betreffend der Erweiterung des Stadtkreises München-Gladbach wird nach kurzer Debatte angenommen. Dann wird die Aussprache über den Haushaltsplan der Justizverwaltung fortgesetzt.

Dr. Heilmann erklärt sich mit der Beschlagnahme von Rotationsmaschinen zur Abschnebelung einverstanden. Ist gegen die Wahl der Richter, steht in den Justizhausurteilen der Sondergerichte ein Abschreckungsmittel und wendet sich gegen die Besserung der Lage der Gefangenen mit der Begründung:

Strafanstalten dürfen keine Erholungsheime werden!

Gen. Raß: Der Haß der Arbeiterschaft gegen die Justiz ist so groß, weil sie sehen, wie diese Justiz sich schamlos jedem Drängen, jedem Wunsche der Regierenden hingibt und willkürlich, frech und dreist, selbst unter Umgehung formaler Rechte, blindwütig gegen diejenigen vorgeht, die von der herrschenden Gewalt gebohrt werden. Jeder Arbeiter, jeder Leidende, jeder Arme weiß, daß diese Justiz keine Justiz, keine Gerechtigkeit, sondern eine schamlose Sure ist, die sich der Klasse hingibt, die sie bezahlt und schützt. Es gibt Arbeiter, die in ihrer sozialen Lage so gestellt sind, daß ihre Familien Not und Elend leiden, weil sie nicht wissen, wo sie das Notwendigste hernehmen sollen, wenn sie mit ihrer fargen Erwerbslosenunterstützung nicht auskommen können, denen die Kleider vom Leibe herunterfallen und die, weil sie immer tiefer in Not und Elend sinken, sich an fremden Eigentum vergreifen. Ihnen erscheint das Vergreifen am Eigentum als die höhere Pflicht gegenüber der sich ergebenden Notwendigkeit ihre Familie in Hunger und Not umkommen zu lassen. Das ist natürlich für die Pharisäer auf der rechten Seite, und die wohlgenährten Herren, die oben als Richter sitzen, die die Sorgen nicht gekannt haben, die von Haus aus nicht wissen, was Elend ist, völlig unverständlich.

Herr Kuttner hat gesagt: Wir wollen keine blaue und keine rote Justiz, für uns gibt es keine reaktionäre und kommunistische Gerechtigkeit, für uns gibt es nur ein Ding, und daß ist die Gerechtigkeit an sich. Das sagt der Vertreter einer Partei, die behauptet, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung zu stehen. So lange es Klassen gibt, so lange werden die Herrschenden ihr sogenanntes Recht denjenigen, die es als Unrecht empfinden, mit Gewalt aufzwingen!

Sie sagen, sie seien unfehlbar, sie seien unabhängige Richter. Welche ungeheuerliche Ueberhebung gehört dazu, von sich zu sagen: Ich bin unfehlbar! Es gibt keine unabhängigen Richter, sondern jeder Richter ist abhängig von der Klasse, der er angehört, von der Welt, in der er aufgewachsen ist. Ich habe in der letzten Zeit verschiedene Gelegenheiten, diese Referendare und Assessoren einmal aus der Reihe zu beobachten, was das für ein Gefilde ist, für eine Menschenart. Diese Leute sehen in jedem, der politisch anders gekommen ist, einen Mann, den man bekämpfen muß, den man vernichten muß, und sie warten auf den Tag, wo sie Abrechnung halten können. So sehen unsere Richter aus, das ist der Richterstand in Wirklichkeit. Leute, die maßlosen Haß gegen alles haben, was Arbeiter heißt!

Fast täglich kommen Meldungen, daß Geständnisse, die einzelne Arbeiter gemacht haben, durch Folterqualen in den Gefängnissen erzwungen worden sind. Verkümmelungen, Peinlichungen, Kolbenstöße sind an der Tagesordnung. Tote über Tote, standrechtliche Erschießungen, für die niemand verantwortlich sein will. Im Hölzprojekt hat sich als einziger Positives die Tatsache ergeben, daß die Sippe an zwei Stellen standrechtlich erschossen hat.

Der Mörder von Garel war nicht zu finden. Man setzte 5000 M. Belohnung aus, die erst unter dem Druck der Öffentlichkeit erhöht wurde. Preußen — als Gegenbeispiel — setzt

50 000 Mark als Prämie für Meinelde

aus, für falsche Auslagen gegen Hölz. Überall in den Nordprovinzen, beim Liebknecht-Luxemburg-Projekt, bei der Matrosen ermordung, überall stehen große Summen zur Verfügung, um den Schuldigen zur Flucht zu verhelfen. Woher kommen diese Gelder?

Gen. Raß brandmarkt dann den Mord des 13-jährigen Albert Richter aus Haag, den standrechtlichen Mord der 8 Steinbrucharbeiter in Halle, die systematischen Gefangenenermordungen, wie sie in den Verhandlungen der Sondergerichte ans Tageslicht kamen. Die Sippe kostet 2000 Millionen Mark!

Als wir eben forderten, für die Gefangenen sollte etwas getan werden, es sollte eine menschlichere Behandlung der Gefangenen eingeführt werden, es sollten für sie anständige Bibliotheken geschaffen werden, erklärte ein Vertreter der Rechten, dazu sei kein Geld da. Aber für die Mordtaten gibt man Milliarden über Milliarden aus.

Gen. Raß schildert dann die heillosen Verhandlungen durch die Richter der Sippe, die maßlosen Sondergerichtsurteile, die wegen der geringsten Verbrechen langjährige Justizhausstrafen

mittig nach dem Holzgatter, wo ein junger Genosse eine kurze Ansprache hielt, dann ließen die Kinder die Kindergruppen hochleben und riefen schallend: „Nieder mit der Sippe“. Darauf kamen zehn Mann der Sippe aus dem Holzgatter und führten in die Kinderstadt hinein. Es entspann sich nun zwischen Sippe und Kindern eine Prügelei. Die Sippe schreie nicht zurück, in die Kindermenge hineinzuschlagen. Eine Zeitlang herrschte ein wildes Durcheinander. Die Sippe verhalte zehn Kinder und Frauen und schlepte sie mit fort. Ein Mädchen rief der Sippe zu: „Einst kommt der Tag, da wir uns rächen“, ihr wurde mit Faustschlägen ins Gesicht erantwortet. Die Kinder waren so unbeschreiblich erregt und zogen, nachdem sie sich wieder gesammelt hatten, die rote Fahne trotziger Singend nach Hause. Unterdessen benegnete ihnen ein Lastauto voller Sippeute, diese sollten rettend eingreifen.

Genossen und Genossinnen! Dieses Vorgehen der Sippe gegen unsere proletarischen Kinder, die harmlose Aufforderungen zu Versammlungen verteilen, muß euch endlich die Augen öffnen. Der bürgerlichen Klasse ist die Wichtigkeit unserer Kinderbewegung bewußter als unseren eigenen Genossen. Unsere Kinder in Berlin haben aber durch die letzte Revolution viel gelernt. Sie gehen umso lieber in ihre Kindergruppen und werden die internationale Kinderwoche so durchführen, daß sie bald große Mengen der Kinder, die noch außerhalb stehen, mitbringen und wir eine große Arbeit in der Kindergruppe zu leisten haben. Am Sonntag, den 8. Juli, finden überall in Deutschland, Frankreich, England, Desterreich, Schweiz usw. große Demonstrationen der Kindergruppen statt. Vor allen Dingen werden die Kinder ihr Material verkaufen und selbst Ansprachen und Reden halten.

Die Parlamentskomödie in Braunschweig.

Politik bedeutet für die Arbeiterklasse den Kampf zur Befreiung vom kapitalistischen Joch und für das Bürgerrecht. Die kleinbürgerliche Hoffnungen, diesen Kampf in den Parlamenten ausführen zu können, entlarvt sich immer mehr als eine Illusion. Einen tiefen Einblick in das wahre Wesen der Demokratie gewährt die jüngste Parlamentskomödie im Freistaat Braunschweig.

Unter den 60 Abgeordneten des Braunschweiger Landtags sind 3 Kommunisten, 20 Unabhängige, 9 Rechtssozialisten, 5 Demokraten und 23 Landeswahlverband (bürgerliche Rechte). Die Geschäftsordnung des Landtags verlangt die Anwesenheit von 40 Abgeordneten zur Fassung eines Beschlusses.

Die Regierung in Braunschweig besteht aus 2 Unabhängigen und 2 Rechtssozialisten. Dieses sozialistische Kabinettsmitglied vom vorigen Juni bis zum März dieses Jahres schon und sehr gemüßigt, ohne von den Bürgerlichen wesentlich gehindert zu werden. Dazu hatte das Bürgerrecht auch keine Veranlassung, denn unter der sozialistischen Regierung blieb alles beim alten, und das Bürgerrecht konnte mit dieser Regierung als Übergangsnormen wohl zufrieden sein.

Ende März forderte plötzlich der Landeswahlverband Neuwahlen im Mai, denn im Mai sei die gesetzliche Legislaturperiode des Landtags abgelaufen und wenn der Landtag länger zusammenbleibe, sei das ungesetzlich. Die beiden Regierungsparteien dagegen wollten noch keine Neuwahlen und befristeten ihren Standpunkt ebenso wie der Landeswahlverband mit unansehnlichen juristischen Erörterungen. Es kam zur Abstimmung. Der bürgerliche Antrag auf Neuwahlen wurde von den Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Darauf beantragten die Unabhängigen, den Landtag abzuschließen bis zum Mai 1922 zu verlängern. Auch dieser Antrag fiel durch. Neben den Bürgerlichen stimmten auch die Kommunisten dagegen, da sie dem Landtag und der Regierung nicht für ein volles Jahr einen Freibrief ausstellen wollten, nach Belieben zu schalten und zu walten.

Und jetzt beginnt die Komödie. Der Landeswahlverband hat sich bei diesem Konflikt an die Reichsregierung gewandt, sich aber dort eine Absage geholt (die Regierung will sich die Unabhängigen bei guter Laune halten). Auch der Staatsgerichtshof in Leipzig weiß nicht, wie er den Braunschweiger Reaktionen helfen soll. Deshalb hielten sich diese erst einmal lieber. Sie treiben Obstruktion im Landtag, bezweifeln bei jeder Abstimmung die Beschlußfähigkeit, wo in 40 Abgeordnete anwesend sein müßten. So geht es jetzt seit 6 Wochen. Mehrere Male hat der unabhängige Vizepräsident den Landtag schon zusammenzurufen, immer vergeblich. Kein Beschluß kommt zustande. Die Regierungsparteien sind überredets, wissen aber keinen Ausweg. Bei dieser ganzen parlamentarischen Spielerei ist einer bestimmt der Köhler, nämlich der Landtag selbst. Wie kann jemand noch Respekt vor einem „hohen, geachteten Landtag“ haben, wenn dieser nicht daran denkt zu arbeiten, sondern Komödie spielt?

Daneben aber gibt es noch einen Blamieren, das sind die sozialistischen Parteien, die auf Grund des Parlaments regieren wollen, aber mit dem Parlament nicht umzugehen verstehen. Uns Kommunisten kann diese ganze parlamentarische Situation in Braunschweig nur recht sein. Sie zeigt aufs neue, daß Parlamente Volksbetrug sind und Fortschritt in keiner Weise bringen können. Unsere Genossen im Landtag nutzen diese Situation aus, und hoffen, die Neuwahlen zum Landtag dann erreichen zu können, wann wir sie haben wollen, nämlich im Herbst. Bis dahin mögen Landtag und sozialistische Regierung sich weiter blamieren, so wie sie es gerade können. Die Kreis- und Gemeinderäte haben im Mai haben gezeigt, daß die KPD die einzige Partei ist, die große Fortschritte gemacht hat. Wir können der politischen Entwicklung im Freistaat Braunschweig hoffnungsvoll entgegen sehen.

Bischof Morehouse.

Aus dem Englischen von H. Kramer.

3.

Der Bischof hatte dem auf ihn ausgeübten Druck nachgegeben und war in Urlaub gegangen. Zurückgekehrt, war er mehr denn je entschlossen, die Mission der Kirche zu erfüllen. Seine erste Predigt nach seiner Rückkehr war getragen von demselben Geist, wie die in jener Versammlung. Die Folge war, daß man ihn wegen Geisteskrankheit in ein Sanatorium brachte, während die Zeitungen in spaltenlangen Berichten von seinem geistigen Zusammenbruch und der Unantastbarkeit seines Charakters sprachen. Er wurde in einem Sanatorium als Gefangener gehalten. Eberhard, der wiederholt versuchte, ihn zu besuchen, wurde der Zutritt verweigert. Er war erschüttert angesichts der Tragödie dieses vollkommen gesunden Mannes, den die brutale Gesellschaft vernichten wollte, weil er Ideen verbreitete, deren Ausführung sie in ihren Grundlagern erschüttern würde.

Der Bischof selbst sah deutlich die Gefahr einer lebenslänglichen Gefangenschaft vor sich. In der erzwungenen Einsamkeit des Sanatoriums fand er keine innere Ruhe und Festigkeit wieder. Seine Augen sahen keine Visionen mehr; sein Geist war erfüllt von dem Gedanken, daß es die Pflicht der Gesellschaft sei, den Armen und Unglücklichen zu helfen.

So griff er zu einer List. Er gab vor, seinen Irrium eingesehen zu haben und wurde als geheilt entlassen. Die Zeitungen und die Kirche begrüßten freudig seine Rückkehr. Er stieg sogleich auf die Kanzel und hielt eine Predigt wie früher, als er noch keine Visionen gesehen hatte. Eberhard war enttäuscht und erschüttert. Hatte die Gesellschaft denn auch diesen zur Unterwerfung gebracht? Oder war er ein Lump, wie die anderen?

Ernest suchte ihn auf in seinem wunderschönen Hause. Der Bischof hatte sich kömerlich verändert. Er war

Was der ADGB fordert — und was er und seine Freunde in Wirklichkeit tun.

In unserem ersten Artikel unter obiger Ueberschrift, der die erste der 10 Forderungen behandelt, haben wir den Beweis erbracht, daß von der am 26. Februar vom A.D.G.B. aufgestellten Forderung bis jetzt nicht nur nichts erfüllt wurde, sondern daß seitdem für die Arbeiterschaft eine ungeheure Verschlechterung im gegenseitigen Sinne eingetreten ist.

Wenn wir heute Punkt 2 der Forderungen etwas genauer untersuchen, so werden auch da kein günstigeres Urteil über den A.D.G.B. abgeben können. Der Wortlaut ist folgender:

„Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Betriebe zuerst zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzulegen, entsprechend der Größe der jeweiligen Aufträge Arbeitslose einzustellen. In diesem Zweck ist, soweit es technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen, oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.“

Der weitaus größte Teil der vom Reich zu vergebenden Aufträge besteht aus Bestellungen in Reparaturen und Neuanfassungen von Verkehrsmitteln. Nun mußte aber gerade der A.D.G.B. wiederholt selbst zugeben, daß das Unternehmertum sich mit Erfolg weigert, eine Kontrolle seitens der Regierung und Gewerkschaften über die Verteilung der Aufträge zuzulassen. Der A.D.G.B. schreibt im „Korrespondenzblatt“ vom 16. April darüber:

„Auf diesem Gebiet (Vergabe von Aufträgen von Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. D. Red.) beherrscht der Ring der Verbände der Lokomotiven und Wagonfabrikanten vollständig die Preisgestaltung. . . . Ebenso läßt sich die in die Arbeitsbedingungen nicht hineinbeziehen. . . . Auch weigern sich die Herren, weitere Betriebe durch Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen.“

In ähnlichem Sinne hat der A.D.G.B. in einem Artikel im „Vorwärts“ vom 12. Juni über den Widerstand der Unternehmer gejammert. Was hat er aber getan, um demgegenüber seine Forderung, „die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Betriebe sind zuerst zu berücksichtigen“, zur Durchführung zu bringen? Er hat nichts getan. Wo ist das Unternehmertum zum Schichtwechsel der Belegschaft mit gleichzeitiger Neueinstellung von Arbeitslosen gezwungen worden? Nirgends ist das geschehen. Im Gegenteil werden da, wo diese Aufträge vorhanden sind, mit besonderer Begünstigung durch die Regierung und der Gewerkschaftsführer Ueberstunden gemacht. Die Arbeitslosen läßt man bettelnd ruhig weiter hungern.

Wie bei allen ihren Forderungen, so unterläßt es auch hier der A.D.G.B. ganz bemußt, die Macht der Gewerkschaften in Anwendung zu bringen.

Was bis jetzt getan wurde und wobei der A.D.G.B. speziell Herr Dickmann, hervorragend mitgewirkt hat, ist, daß den staatlichen Eisenbahnwerkstätten eine Menge Arbeit, die sie selbst hätten herstellen können, weggenommen und der Privatindustrie übergeben wurde. In einem Artikel vom 22. März der „Roten Fahne“, der von einem prominenten Vertreter des A.D.G.B. stammt, wird einwandsfrei nachgewiesen, daß durch diese Maßnahmen kein einziger Arbeitsloser beschäftigt, aber eine Anzahl Kapitalisten auf Kosten der deutschen Steuerzahler bereichert wird. Der Artikelschreiber, der kein Kommunist ist, berichtet in dem betreffenden Artikel von einer Konferenz, auf der Vertreter des A.D.G.B. und der christlichen Gewerkschaften in trautem Verein mit Vertretern der Großfirmen Vorjig, Ohrenstein u. Koppel, Gentzel, Schichau usw. die sauberen Pläne schmiedeten, die zur Folge haben müssen, daß in staatlichen Werkstätten Arbeiter entlassen und vielleicht auf Privatwerken neue eingestellt werden müssen.

Das sind die wirklichen Taten der Gewerkschaftsführer. Geholfen haben sie gewiß keinem Arbeitslosen, aber sie haben den in Arbeit Stehenden neue Ketten aufgelegt. Hierüber müssen die Arbeiter in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen ihre Führer zu Rede und Antwort zwingen. Da sollen sie sagen, was sie zu tun gedenken, anstatt große Phrasen von verausgabten Milliarden zu machen.

magerer geworden und in sein Antlitz hatten die letzten Monate tiefe Furchen gegraben. Er war offensichtlich verwirrt durch Eberhards Kommen. Sein Geist schien abwesend; er sprach von seiner Krankheit als in der fernsten Vergangenheit liegend. Er unterhielt sich über kirchliche Fragen und Wohlthätigkeit. Und als Eberhard Anfallen machte, zu gehen, war der Bischof offensichtlich erleichtert. Wenn Eberhard gehnt hätte! Der Bischof kämpfte einen furchtbaren Kampf. Allein, ganz allein inmitten von Millionen Gleichgesinnter kämpfte er seinen eigenen Kampf. Auf der einen Seite die Schrecken des Irrenhauses, auf der anderen seine Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit, wählte er mutig den Weg des Kampfes. Eines Tages munkelte man, daß der Bischof verschwunden sei und sein ganzes Besitztum verkauft habe; seine Stadtmohnung, sein Landhaus, seine Gemälde und Sammlungen, sogar seine geliebte Bibliothek. Alle von den Behörden angestellten Nachforschungen über seinen Verbleib blieben erfolglos.

4.

Mehrere Wochen später sah Eberhard, als er in einem Arbeiterquartier der Stadt eine Befragung machte, in einer dunklen Straße eine ihm sehr bekannte erscheinende Gestalt. Kurz entschlossen ging er ihr nach und blickte ihr ins Gesicht — es war der Bischof.

Betroffen von dieser unerwarteten Begegnung blieb der Greis stehen, schwer atmend und erschreckt. Eine große Tüte, die er in der Hand hielt, fiel auf das Pflaster, zerbrach und eine Menge Kartoffeln rollten um die Füße der beiden. Er betrachtete Eberhard mit Ueberraschung und Entsetzen und stieß einen tiefen Seufzer aus.

„Die Kartoffeln“, murmelte er schwach, „sind so teuer.“

Beide machten sich daran, sie aufzusammeln. Ernest bat den Bischof, mit ihm mitzukommen.

„Ich kann nicht“, sagte der Greis, „ich muß gehen, auf Wiedersehen. Sie werden später kommen.“

Auslandskonzessionen als Kapitalflucht.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die chilenische Regierung einem deutschen Konsortium, in dem Krupp angeblich eine hervorragende Stellung einnimmt, eine Konzession für die Anlage eines Hochofenwerkes in der chilenischen Provinz Maganhuue erteilt hätte. Außerdem sollte eine Konzession von 140 000 Hektar bewaldetes Land in der gleichen Provinz an deutsche Unternehmer auf 30 Jahre ausgegeben sein. Ueberall leben diese Verträge wie ein Erfolg der deutschen Konzeptionspolitik aus. Es erweckt den Anschein, als begänne wieder eine deutsche Kapitalausfuhr nach dem Ausland, als erwache wieder der deutsche Imperialismus. Dem ist aber nicht so. Die scheinbare Kapitalausfuhr ist heute nichts als eine Form des wirtschaftlichen Niedergangs. So wird sie von der „Deutschen Bergbauzeitung“ richtig bezeichnet als eine „Abwanderung von Industrien“. Während früher die Neuanlage von Betrieben in ökonomisch rückständigen Ländern auf die Industrie des Mutterlandes belebend wirkte und ihre Stellung stärkte, scheint das jetzt nicht mehr der Fall zu sein.

Die Beförderung, in fremdem Lande unter guten Gehaltsverhältnissen sich ein neues Leben aufzubauen, ist daher für manchen Arbeiter, aber auch für manchen Chemiker, Techniker und Ingenieur groß.

Das allein würde schon genügen, unsere Gewerbebetriebe zum Teil so empfindlich zu schwächen, daß sie an Wettbewerbskraft verlieren.“

Das deutsche Kapital ist also nicht mehr fähig, die Kapitalanlage im Ausland zu einer Erweiterung seiner Macht und seiner Ausbeutungsmöglichkeiten zu gestalten. Die Verlegung von Betrieben ins Ausland geht auf Kosten der eigenen Produktion und Wettbewerbsfähigkeit, ohne daß ein ökonomisches oder politisches Abhängigkeitsverhältnis der neuen angelegten Betriebe vom imperialistischen Stammland erreicht wird.

Die Gefahr ist groß, daß wir nicht nur viele unentbehrliche Menschen verlieren, sondern daß uns gleichzeitig wertvolle Industriebetriebe, wenn nicht ganze Industriezweige verloren gehen.“

Das ist auch der Grund, warum die chilenische Regierung die Konzessionserteilung an Deutschland an Amerika vorzieht. Trotz eines diplomatischen Druckes auf Chile ist es den Entente-Ländern nicht gelungen, die Erteilung der Konzession an Krupp zu verhindern. Der südamerikanischen Staaten bietet sich die günstige Gelegenheit, eine Industrialisierung vorzunehmen, ohne daß für sie die Gefahr politischer Abhängigkeit und die Notwendigkeit besteht, für einmattige Einfuhr der Kapitalanlage einen lästigen Tribut in Form von Zinsen und Revenuen an die Gründer zu zahlen.

Die „Times of Argentina“ schreiben: „Es steht außer Frage, daß, wenn Argentinien sich die ungenügende Lage gewisser deutscher Industrien zunutze macht, um auf diesem Wege die zur Errichtung einheimischer Fabriken nötigen Maschinen und Ausrüstungsgegenstände erwirkt, das Land viel eher imstande sein würde, sich normalen Produktions- und Handelsverhältnissen anzupassen, als die Länder, die ihre industrielle Entwicklung durch Erwerb teurer Maschinen einleiteten, die in der Kriegszeit unter hohen Frachtkosten hergeschafft wurden.“

Für die geunden kapitalistischen Staaten bedeutet die Einfuhr des deutschen Kapitals den Verlust einer Möglichkeit günstigen Abzuges und Kapitalausfuhr nach dem Ausland, der jetzt besonders in der Zeit der Wirtschaftskrise von allen Kapitalisten-Ländern gelohnt wird. Außerdem bedeutet die Industrialisierung die Erleichterung einer neuen Konkurrenz.

Für Deutschland bedeutet die Konzessionserteilung eine Art Kapitalflucht:

„Dort sind sie vor den Zugriffen und vor jeder Reinigung durch die Entente sicher. . . . Deutsche Arbeiter, Angestellte und Ingenieure würden in größerer Zahl Beschäftigung und gute Ernährung finden können. Solange also die Gewaltpolitik der Entente gegen Deutschland anbauert, wie sie in dem Atlantikfrieden von Versailles, in dem Abkommen von Spa, in den Sanktionen usw. verkörpert ist, wird man vermutlich nicht selten von der Gründung deutscher Industriebetriebe im Auslande hören.“

Das Kapital entzieht sich also auf diese Weise der Verpflichtung, die es durch die Unterfertigung des Ultimatus auf sich genommen hat und überläßt diese allein der deutschen Arbeiterschaft. Das deutsche Kapital verläßt sein „Waterland“, das ihm nichts mehr nützt, um sich eine neue Ausbeutungsmöglichkeit in einem neuen „Waterland“ zu gründen. Während man aber für die Kapitalisten die Ausfuhr von Maschinen und Kapitalanlagen für durchaus verträglich findet, sucht man gleichzeitig die deutsche Arbeiterschaft der verbleibenden Industrie im Inlande zu erhalten.

Wenn unfähige, arbeitsunfähige Auswanderer über die Grenze von dannen gehen, so kann das zwar als nationaler Schaden aber als wirtschaftlicher Verlust betrachtet werden. Wohl aber gilt dieses in höchstem Maße, wenn die brauchbaren, fähigen und arbeitsfähigen Menschen durch Not oder durch die Verzweiflung an den heutigen Zuständen fortgetrieben, Deutschland verloren gehen. . . . Selbst bei schwerster Arbeitslosigkeit sollte man sie mit allen Mitteln festhalten.“

Diese Mittel sollen wahrheitsgemäß nicht in einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, aber sicher in einem Auswanderungsverbot bestehen. Das Proletariat soll im Inland zurückgehalten werden, während die Produktionsmittel über die Grenze gehen. Es soll eingepannt werden in die schärfste Ausbeutung, während ihm in den Produktionsmitteln die Existenzbedingungen genommen werden. Hier ist eine Aufgabe für die Betriebsräte, durch die Kontrolle der Produktion die dringendsten Interessen des Proletariats zu wahren.

„Nein, nein.“ sagte Ernest, „Sie müssen jetzt gleich mit mir kommen.“

Der Bischof betrachtete die Kartoffeln in der zerrissenen Tüte und die vielen kleinen Pakete, die er unter den Arm geklemmt hatte.

„Es ist wirklich unmöglich. Außerdem, diese Lebensmittel — Es ist ein trauriger Fall. Es ist schrecklich. Sie ist eine alte Frau. Ich muß es ihr sofort bringen. Sie leidet Hunger. Sie werden verstehen. Ich werde später kommen, ich verspreche es Ihnen.“

„So erlauben Sie mir, Sie zu begleiten.“ sagte Ernest. „Ist er weit von hier?“

Der Bischof seufzte wieder und stimmte zu. „Nur zwei Straßen noch“, sagte er, „wir müssen aber eilen.“

Eberhard folgte dem Bischof in eine kleine Stube einer alten Mietskaserne. Dort sah er eine kleine alte deutsche Frau — 64 Jahre lei sie alt, sagte der Bischof. Obgleich sie erstaunt war, Ernest zu sehen, nickte sie ihm doch freundlich zu, ohne ihre Nöharbeit zu unterbrechen. Der Bischof stellte fest, daß weder Kohle noch Holz da waren und ging fort, beides zu kaufen.

Er kehrte bald zurück. Welch ein Anblick! Auf seinem Rücken trug er einen halb Sack Kohlen. Der Kohlenstaub hatte sein Gesicht und seine weißen Haare beschmutzt und der Schweiß rann ihm von der Stirn. Er war kaum wiederzuerkennen. Er trug ein billiges Baumwollhemd und Ueberziehhosen mit einem Lebergürtel, wie es die Arbeiter tragen. Er machte Feuer und Eberhard schälte die Kartoffeln und stellte sie auf den Herd.

Dann folgte der Bischof Eberhard in sein Heim. Der Greis mußte sehr unter der Einsamkeit gelitten haben. Eberhard war der erste alte Bekannte, den er wieder sah. Er sprach viel von seiner Tätigkeit und der Freude, die ihn dabei erfüllte.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Die „Bopo“ gegen die kommunistische Kindergruppe

Ist es Dummheit oder ist es ein Produkt der „Erziehungsarbeit des Polizeipräsidenten“, die Kommunisten zu anständigen Staatsbürgern zu machen?

Am Dienstag teilte der 11jährige Sohn unserer Genossin K. in der Minoritätenschule Werbematerial zur kommunistischen Kinderwoche aus.

Auf der Straße kaufte ihm ein Arbeiter einige Postkarten und Marken ab.

Ein hinzugekommener Sipomann schleppte den jungen Genossen zur Wache, stellte seinen Namen fest und verböt ihm, auf der Straße seine „Verkaufstätigkeit“ fortzusetzen.

Am andern Morgen wurde der junge Genosse von einem Sipomann aus der Schule geholt. Auf der Straße schlossen sich noch 2 Mann an und unter starker Bedeckung, wie ein Schwerverbrecher, wurde er nach der Schußbrücke, zur politischen Abteilung, gebracht.

Dort versuchten die Beamten des Herrn Loh durch Einschüchterung den Jungen zu irgendwelchen Geständnissen zu bringen. Der Junge hatte aber nichts zu verheimlichen und erklärte, daß er das Werbematerial von der komm. Kindergruppe erhalten habe.

Unser Genosse Knoch, der von der Verhaftung gehört hatte, ging sofort zur politischen Abteilung und machte den Herren, die sich erdreisten, in ihrem Drange die Kommunisten zu „töten“, selbst Kinder zu verhaften, den Standpunkt klar.

Herr Loh erklärte, daß dies nicht auf seine Anweisung geschehen sei. Wir nehmen aber an, daß es dies nur getan hat, um die Blamage auf seine Untergebenen abzuwälzen.

Wir würden uns nicht wundern, wenn Herr Loh dies zum Anlaß nimmt, nun einen neuen „Hochverratsprozess“ zu konstruieren.

Oder haben der Herr Loh genug an der Masage, die er sich geholt hat durch den Zusammenbruch der Raub- und Dynamitattentate.

Wir nehmen es zur höheren Ehre des Herrn Loh an.

Schnaps-Reflexe und Kindernot

In unserer Zeitung Nr. 138 vom Sonnabend, den 25. 6. schreiben wir von unserem Standpunkt über den Breslauer Volkstag. Das, was wir darin schrieben, gewinnt noch mehr Deutlichkeit, wenn man die Proletenatmosphäre der Breslauer Gutmtemplern-Vlogen an den Anschlagläuten betrachtet.

Diese verlangen hier Unterstützung der Bevölkerung, damit durch Eingabe an die Behörden Abhilfe geschafft wird, daß sich zwei Breslauer Schnapsbrennereien an dem Festzug für die Jugendnot mit zwei Festwagen, wo der Schnaps als „Vollnahrungsmittel“ verkehrsfähig wurde, beteiligen dürfen. Alle Denkenden aus den Schichten der Bevölkerung hätten sich darüber entrüstet. Besonders schädlich würde diese „Schnapshilfe“ doch auf das Ausland, auf die Quäter als Totalabstinenten wirken.

Den Gutmtemplern möchten wir sagen, daß sie nichts erreichen werden, wenn sie an die Behörden herangehen. Die Behörden, der Staat, sind nicht unabhängig vom Brautkapital und anderem Kapital, sondern abhängig. Die Eingabe an die Behörde wird vielleicht unter den betreffenden Beamten ein allgemeines Kopfschütteln verursachen oder Verlegenheit hervorbilden. Die Herren dort wissen ganz genau, daß sie daran nichts ändern können. Die Proteste der Gutmtemplern nach dem Volkstag sind ziemlich lächerlich, denn sie, die sich am Festzug beteiligen wollten, wußten, daß die Schnapsbrennereien, ihre Feinde, die Wagen im Festzuge fahren lassen werden. Sie hätten besser getan, auf dem Abmarschplatz dagegen zu protestieren und zu verlangen, daß die Wagen aus dem Festzuge verschwinden, andernfalls sie sich nicht beteiligen. Dann hätten sie nachher das moralische Recht gehabt, moralischen Kadaver zu schlagen, wenn es auch nichts nützt. Aber so haben sie gezeigt, daß sie zur Bourgeoisie gehören, und als solche haben sie dazu beigetragen, daß die doppelte Moral, die Inkonsistenz der Bourgeoisie dem Dämmern klar wurde. Daß es nun gerade den Gutmtemplern passieren muß, ist doppelt typisch, gehören ihren Reihen doch eine ganze Reihe von Proleten an. Diese beweisen uns wieder einmal, daß im Proletariat viel bürgerliche Einflüsse dominieren, wie die Gutmtemplern, die glauben, alles in der Welt wäre gut, wenn alle Abstinenten wären. Anstatt daran zu denken, daß es der Kapitalismus, die Gesellschaftsordnung es ist, die nur produziert, das, was Profit bringt, und dieses Elend über den größten Teil der Menschheit ausschüttet.

Verbandsrat der Schließchen Haus- und Grundbesitzervereine

Vom Vorstande des Niederschlesischen Mieterschutzverbandes, welcher in der Provinz Niederschlesien 80 Ortsgruppen vertritt, erhalten wir nachstehende Ausführungen:

Auf dem 23. Verbandstage der Schließchen Haus- und Grundbesitzervereine, welcher am 12. Juni in Pleschitz tagte, wurde u. a. die alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen gefordert. Im Gegensatz hierzu fordert die Mieterschaft, daß die Zwangswirtschaft bis zur Beseitigung des Wohnungsmangels in keiner Weise angetastet wird, da die Durchbrechung oder gar die Aufhebung für unser Wirtschaftsleben geradezu verheerende Folgen haben würde.

Einer „Miets-erhöhung“ steht die Mieterschaft gänzlich ablehnend gegenüber. Sie hält unbedingt an dem Standpunkte der Festlegung der Mieten vom 1. Juli 1914 fest. Für die Mieterschaft kann es sich nur um die Zahlung von Zuschlägen zu dieser Miete handeln, welche zur ordnungsmäßigen Verwaltung der Mietshäuser und zur Ausführung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten erforderlich sind.

Das Mitbestimmungsrecht und Aufsichtsrecht über die Verwendung dieser Zuschläge wird die Mieterschaft sich unter allen Umständen erkämpfen, denn sie hat das größte Interesse an der Erhaltung der Mietshäuser. Einem planlosen Herausheben der Mieten zur unkontrollierten Verwendung durch die Vermieter wird sie nie zustimmen.

Die Mieterschaft fordert, daß die Mietminderungsarbeiten als bleibende Einrichtung bestehen bleiben. Von einer allgemeinen Angleichung an die Amtsgerichte kann keine Rede sein. Eine

Verfugungsinstanz wird angelehnt, dagegen ist eine Rechtsbeschwerde zu schaffen.

Das Reichsmietengesetz in seiner dem Reichstage vorliegenden Form lehnt die Mieterschaft gleichfalls ab, fordert jedoch eine schleunige Verabschiedung des Gesetzes in der von dem Bunde Deutscher Mietervereine vorgeschlagenen Form.

Wir bringen auf Ersuchen diesen Artikel. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeiterschaft mit ganzer Kraft gegen die Bestrebungen der Hausagrarier und der Regierung Front macht. Das Mitbestimmungsrecht der Mieter wird ähnlich dem Betriebsrätegesetz ein Palliativmittel bleiben. Nur die Beschlagnahme von Grund- und Boden, die Verwallung der Häuser und Wohnräume durch die kommunalen Arbeiterräte, durch eine intensive Bautätigkeit, durch Beschlagnahme der Villen- und Herrschaftshäuser kann der Wohnungsnot und der damit konform gehenden Ueberbeuerung der Mieten abgeholfen werden.

Aus der Provinz Neue Uebersichten?

Bei den Beratungen des Bergbauausschusses im Hauptausschuß des preussischen Landtags wurde erklärt, daß die Kohlenproduktion bauernd zurückgeht. Im Januar 7,8 Millionen Tonnen, das seien 82,7 Prozent der Friedensproduktion, im Mai nur 6,7 Millionen Tonnen gefördert. Zu dieser Minderung komme der Ausfall in Oberschlesien und die Mengen, die auf Grund des Spaa-Abkommens an die Entente geliefert werden müsse.

Angeichts dieser schlechten Kohlenversorgung forderte der Bergbauhauptidee Bernhold, daß wenigstens, solange als in Oberschlesien die Ruhe noch nicht hergestellt sei, eine Ueberarbeit der Bergleute.

Noch ist es nicht lange her, daß die Bergleute endlich das Uebersehensabkommen abgeschlossen haben.

Die Bergleute haben die Forderung der Sechsstundenschicht gestellt. Nicht etwa, um nur zu fordern zum Zeitvertreib, sondern aus der zwingenden Notwendigkeit heraus. Die Kraft der Bergarbeiter ist durch den Raubbau des Krieges unterminiert, ausgezogen. Wenn sie nicht vollständig zusammenbrechen wollen, dann müssen sie diese Forderung durchführen.

Wenn die Unternehmer und die Regierung erklären, daß sie nicht genügend Leute einstellen können, weil es an gelehrten Kräften fehle, ferner, daß nicht genügend Unterkunftsräume vorhanden seien, dann erklären wir, daß daran die Unternehmer und die Regierung selbst Schuld sind.

Wir haben zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verlangt die Einstellung von Arbeitskräften in den Bergwerken zur Höchstgrenze. Wir haben verlangt, daß die Bautätigkeit mit allen Mitteln zu fördern ist.

Das, was die Regierung bisher getan hat, ist lange nicht ausreichend. Alle Forderungen der Arbeiter haben sie abgelehnt. Sie wissen kein anderes Mittel, um aus dieser Kohlenknappheit heraus zu kommen, als Mehrarbeit, verschärfte Ausbeutung — parallellaufend mit Lohnabbau.

Die Bergleute müssen erkennen die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie nicht auf der Hut sind. Sie dürfen sich nicht, wollen sie nicht wieder wie beim letzten Waldenburger Streik, sich von Versprechungen und Behauptungen seitens der Unternehmer verkaufen lassen. Sie müssen ihren Führern von vornherein sagen: keine Ueberstunde den kapitalistischen Blutsaugern!

Wie lange noch?

Wir leben in einer Zeit des Kampfes, in einer Zeit, da sich die politischen Gegensätze immer mehr verschärfen, da allenthalben gerüttelt wird, um den verdammt Kommunisten endlich einmal energisch auf den Leib zu schlagen. Es ist deshalb von großer Wichtigkeit, nicht untätig zur Seite zu stehen, nicht die Ereignisse ohne weitere Beachtung vorbeiziehen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß der KPD. neue Mitglieder zugeführt werden.

Das ist notwendig, bitter notwendig, denn nur die Majorität wird auf den Lauf der Dinge bestimmend einwirken, nur die Masse kann Ideen und Forderungen zum Siege verhelfen. Ein Faktor von ganz hervorragender Bedeutung ist aber auch die Aufklärungsarbeit unter den Genossen und unter den Genossen und unter denen, die der KPD. noch fernstehen. Hier ist das Arbeitsfeld für jeden von uns. Jeder sollte Agitator sein, sollte werden und mit Einsatz der ganzen Persönlichkeit in der Reihe der treuen Kämpfer stehen.

Nur wenn alle Teile einer Maschine in gutem Zustande sind, kann ein sicherer Gang gewährleistet werden. Nur wenn Ihr alle auf dem Posten seid, Genossen und Genossinnen, dann kommt auch unseren Plänen die gehoffte Erfüllung. Nur dann! Wie jedes Glied an einer Kette das andere umfaßt und erst mit Wirkung der anderen ein Ganzes bildet, so soll es auch bei uns sein. Fest geschmiedet, unlösbar und einig in allen Teilen bieten wir unseren Gegnern die freie Stirn und stellen uns zum Kampf. Es wird dabei helf hergehen. Es wird gewaltige Stürme entfehlen. Aber er bringt uns gewiß unserem Ziele näher, wenn jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut und den Platz voll und ganz ausfüllt, auf den er gestellt ist.

Mein Thema ist gegenwärtig eine brennende Frage. Wie lange noch? Wie lange noch gibt es etwas derartiges, was wir in Nr. 132 und 133 der „Arbeiter-Zig.“ illustriert finden. Wie lange noch werden diese Zustände noch andauern? Wer die vier Bilder in besagten Ausgaben aufmerksam betrachtet hat, in dessen Herz muß bitterer Groll, müssen Haß und der Schrei nach Vergeltung aufsteigen. Sollen wir das weiter mit ansehen, das Treiben jener menschlichen Bestien, für deren Prostitution Tausende und Abertausende Arbeiter draußen in den Schützengraben ins Grab heißen mußten oder krank und elend zum Spott jener Verbrecher zur Familie zurückkehren?

Sollen wir schweigend dulden, wie der Bourgeois sich vor unseren Groschen den Bauch füllt und nebenbei in Samt und Seide gekleidet nichtstehend dahinschlurrt, während der Arbeiter in Elend und Not leben muß? Seht! Wie sie sich vergnügen, wie sie schlemmen, wie sie bei erkrankten Weibern und Säuglingen Gelächern fröhnen, sie, die ihre Arbeiter wie Tiere behandeln und gern wieder auf das alte System zurückgriffen, das vor noch nicht allzu langer Zeit gang und gäbe war: das System der Arbeiternebelung, der Sklaverei.

War das denn überhaupt eine Revolution, die man im November 1918 in Szene setzte? War das die Befreiung vom kapitalistischen Joch, aus den Klauen des gierigen Molochs Militarismus? Nein! Nicht das Ende der Knechtschaft war jene Tat, sondern der Uebergang in eine besser und gesünder aussehende Form der Kapitalistenherrschaft. Wir kennen die Sorte

Sozialisten, die Trabanten des Geldsacks, denen wir die gegenwärtig herrschenden Zustände zu verdanken haben.

Die Abrechnung naht! Es kommt die Stunde, da auch diese Kategorie „Proletarierkämpfer“, die sich stolz als die Mehrheit bezeichnen, mit samt ihren Gespielen zur Rechten des Parlaments unserem Ansturm weichen müssen. Das Banner des Kommunismus, der wahren Freiheit, wird über den Enttäuschten wehen und sie werden im Tosen der befreienden Flut untergehen!

Pleschitz

Orgeschoffiziere klauen Geschütze.

Wie die „Pleschitzer Volkszeitung“ meldet, haben Orgeschoffiziere in der Nacht zu Donnerstag in Pleschitz auf dem Ehrenfriedhof eingebrochen und 8 Geschütze gestohlen. Der Anführer der Räuberbande war ein Hauptmann Klisch. Der rechtzeitig alarmierten Schupo gelang es, den Orgeschbanditen die Beute wieder abzugewinnen.

Die Räuber sind nach einer ganz raffinierten Methode vorgegangen. Die „Pleschitzer Volkszeitung“ berichtet darüber folgendes:

Zur Vorgeschichte des Vorganges ist noch folgendes zu berichten: Am 27. Juni 2 Uhr 15 Minuten lief bei der Schupo ein Fernspruch ein, in welchem derselben mitgeteilt wurde, daß die auf dem Friedhof und Museum befindlichen Geschütze, sowie der im Museum befindliche Minenwerfer in den nächsten Tagen abgeholt werden sollen, um verschrottet zu werden. Es wurde um Mithilfe der Schupo polizei gebeten.

Unterzeichnet war der Fernspruch Reichstreuhandgesellschaft Breslau. Die Schupo polizei reagierte nicht auf dieses Telegramm, da sie nur auf behördliche Anweisung handelt.

Am 28. Juni erschien ein Zivilist in der Grenadierkaserne, berief sich auf den Fernspruch der Reichstreuhandgesellschaft und verlangte die Hilfe der Schupo polizei zur Fortschaffung der angegebenen Geschütze. Da sich dieser Zivilist nicht ausweisen konnte, wurde ihm die verlangte Hilfe abgelehnt.

Ueber die Täter selbst steht nach unseren Erkundigungen fest, daß es sich um rechtsstehende Kreise handelt, welche zuerst durch Mystifikation der Behörden versuchten, die Geschütze auf einfache Weise in die Hand zu bekommen. Das war misslungen und so suchten die Spitzbuben die gestrige Nacht aus, um ihr dunkles Handwerk auszuüben. Beteiligt sind mehrere Offiziere.

Dieser Einbruch sieht den Orgeschoffizieren so recht ähnlich. Nur gut, daß die Kerle dingfest gemacht werden konnten, sonst hätte nachher gleich wieder die ganze Orgeschpresse den Einbruch den Kommunisten in die Schuhe geschoben.

Die Abstrichen dieser reaktionären Offiziere sind natürlich durchsichtig. Da die Orgesch nicht daran denkt, sich aufzulösen, sollen die verlorengegangenen Waffenbestände wieder frisch aufgestellt werden. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft mit eiserner Faust dazwischenfährt.

Orgesch verklebt Waffen.

Der „Vorwärts“ läßt sich aus Kamslau (Schlesien) melden:

In Kamslau wimmelte es von ehemaligen Offizieren, die im Volksmund sehr treffend „Putschleutnants“ genannt werden. Diese und andere der Orgesch nahestehenden Personen, namentlich Großgrundbesitzer, bereiten nicht nur der Waffenabgabe große Schwierigkeiten, sondern suchen sich auch in den Besitz neuer Waffen zu setzen. Dies zeigt folgender Vorfall:

Zu der Nacht vom 26. zum 27. Juni, wahrscheinlich zwischen 12 und 2 Uhr, wurden aus der Waffenkammer des Landratsamts in Kamslau mittels Einbruchdiebstahls ca. 100 Gewehre entwendet, die tags vorher von Organisations- und früheren Einwohnerwehr abgegeben worden waren und am folgenden Tage nach Breslau abgefertigt werden sollten. Die Waffenkammer befindet sich in einem durch starke Eisengitter gesicherten Raum im Kellergehöf des Landratsamts, zu dessen Bewachung außerdem ein besonderer Wächter bestellt war, der nachts um das Gebäude zu patrouillieren hatte. Die Täter sind durch den Garten zu den Fenstern des in Frage kommenden Kellerraumes gelangt, haben mittels einer Metallstange und durch wuchtige Schläge einen Teil des Eisengitters entfernt und sind dann durch das Fenster in die Waffenkammer eingestiegen. Die hinterlassenen Spuren deuten darauf hin, daß die Waffen in zwei Kistenwagen abtransportiert worden sind. Die sich ebenfalls in der Waffenkammer befindlichen Munitionskisten wurden zurückgelassen. Der Wächter will von dem Einbruchdiebstahl, der zweifellos sehr erhebliche Geräusche verursacht und längere Zeit im Anspruch genommen hat, nichts gemerkt haben! Da seine Angaben durchaus unglaubwürdig erscheinen, wurde er unter dem dringenden Verdachte der Betheiligung an dem Diebstahl vorläufig festgenommen.

Ebenso wurden in einzelnen Ortschaften des Kreises, u. a. in Groß-Marschowitz und Brzezinka, Waffendepots der früheren Ortswahren gewaltsam erbrochen und erhebliche Mengen an Abgabe bereit gestellter Waffen samt Munition gestohlen.

Der „Vorwärts“ ruft die Regierung um Hilfe gegen das jede Rechts- und Staatsordnung verhöhrende Treiben der „Aktion“. Wir sind der Ansicht, daß das nicht viel nützen wird. Die Arbeiter müssen zur Selbsthilfe greifen und den Waffenkliebern das Handwerk legen. Dazu bedarf es der Bewaffnung des Proletariats.

Vermischtes

Wohnungs-Gorgen

Die Dame: ... Denke dir, mein Mann will durchaus, daß wir ein Zimmer abgeben. Die Wohnungsnot soll jetzt so groß sein ... Ja, gewiß, ich bin auch für Wohltätigkeit, ich will gerne helfen ... Aber, mein Gott, wie soll ich's machen?! Unsere Wohnung ist ja wirklich nicht zu groß ... Nur das unerwartendste ... Welches Zimmer soll ich denn abgeben? Ein Speisezimmer muß doch ein Mensch haben, dann das Schlafzimmer von meinem Mann ... Ein Wohnzimmer muß man doch auch haben. Und die zwei Schlafzimmer ... Wir können doch gar nicht im Wohnzimmer schlafen. Unser Hausarzt sagt, es sei fürchterlich ungesund, in einem Zimmer zu schlafen, wo man ißt. Was für ein Zimmer soll ich denn abgeben, was bleibt da übrig? Das Klavierzimmer muß ich doch haben, man möchte doch einmal ein gemütliches Musikstübchen haben ... Höchstens meinen kleinen Salon ... aber ich kann doch die Niedermetiermöbel nicht zu den Barockmöbeln in das Wohnzimmer stellen ... Man ist doch schließlich ein Kulturmenschen ... Das Fremdenzimmer? ... Aber wenn Besuch kommt, kann ich ihn doch nicht ins Hotel gehen lassen bei dieser Wohnungsnot. Ich weiß wahrhaftig nicht, was ich machen soll. Man ist so eingeschränkt ... Wenn ich die Schnecken habe, muß ich sie schon ohnehin ins Fremdenzimmer oder in ein Mädchenzimmer schieben ... Was soll ich nun machen?

Die Freundin: Und wie ist es mit den Mädchenzimmern? Du hast doch zwei Mädchenzimmer und nur zwei Mädchen ...

Die Dame: Ach, eine ausgezeichnete Idee! Ich werde ein Mädchenzimmer abgeben. Bona Bonanza denn die Mädchen jedes ein Zimmer — sie können ja auch zusammen in einer Kammer schlafen.

Leitung für „Rote Hilfe“.

Weiter sind eingegangen:

Liste 5228 W. 63. —; Liste 5229 W. 42. —; Liste 5415 W. 353. —; List. W. 450. —	
Liste 39006 Ortsgruppe Ohlau	30,50 M.
Liste D. 174 Ortsgruppe Bunzlau	13, — M.
Liste D. 168 Ortsgruppe Bunzlau	39, — M.
Liste D. 169 Ortsgruppe Bunzlau	50, — M.
Liste D. 171 Ortsgruppe Bunzlau	16,50 M.
Liste D. 175 Ortsgruppe Bunzlau	122, — M.
Liste W. 125 Ortsgruppe Striegau	40, — M.
Liste W. 129 Ortsgruppe Striegau	58,90 M.
Liste W. 126 Ortsgruppe Striegau	37,75 M.
Liste 39430 Ortsgruppe Striegau	55,50 M.
Liste W. 244 Ortsgruppe Penzig	40, — M.
Liste 39666 Ortsgruppe Penzig	29, — M.
Liste 39667 Ortsgruppe Penzig	48, — M.
Liste 39665 Ortsgruppe Penzig	40,20 M.
Liste 5431 Ortsgruppe Stabelwitz	3,50 M.
Liste 5216 Breslau	27, — M.
Liste 5227 E. p. W. Werkstr. 3 u. 4	43, — M.
Liste 5232 Filial W.	32, — M.
Liste 19176 II Betriebsversammlung der Waggonfabrik Christoph u. Unmack, Niesky	205,10 M.
Liste 19176I Ortsgruppe Niesky	62,50 M.
Liste 19178 Ortsgruppe Niesky	50, — M.
Liste 39688 Ortsgruppe Niesky	119, — M.
Liste 39683 Ortsgruppe Niesky	34, — M.
Liste 39689 Ortsgruppe Niesky	115,90 M.
Liste 39690 Ortsgruppe Niesky	12, — M.

Ges. 1712,35 M.

Genossen! Sammelt weiter tüchtig für die Rote Hilfe. Vor einiger Zeit sind wieder einige Genossen verhaftet und sitzen in der „Grupe“. Sie bedürfen Unterstützung im Gefängnis und für ihre Familie. Gelder sind zu senden an Rudolf Belle, Bucherei, Breslau, Postfachkonto 38 599 Breslau.

Versammlungskalender

Weißenh. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Juni, nachmittags, 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Bürgerheim.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Eoz.-Berl., c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, G.m.b.H., Berlin S 14.

Die besten und billigsten Anzüge
vollständig außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung bekommen
Sie nur **Nikoleifstraße 48** am Königsplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen
Inh. Hermann Paretzke

Achtung!
Meine bekannt gute, weiche, haltbare und reelle Wolle früher 7,95 Mk. jetzt nur 5,00 Mk! (2,95 p. Lage billiger.)
Erich Fränkel, Breslau V, Gräbchenstr. 71. Eingang Reichstraße. (Offener Laden)

Breistw. Möbel
2400 pol. Schrank 625, 2400 pol. Bettsofa 620, Kuch.-Bettsofa 400, pol. Ausrichtisch 240, Kofest. 80, großer Spiegel mit Stufe 600, Plüschsofa 500, Chaiselong 230, eich. schöne Standuhr 1200, 2x Plüschsofa 480, Patent-Watr. 125, Pinner-Büffel 1400, eich. Büffel 2000, eich. Schreibt. 780.
M. Giesel, Brüderstr. 23

Goeben erschien
Nr. 15 des Organs
des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale
Inhaltsverzeichnis:
Karl Liebknecht, Aufsätze aus dem Gefängnis. — G. Radet, Die Fragen der Weltrevolution in der Betrachtung des internationalen Menschentums. — G. Sauerjahn, Menschentum, Kommunismus und die Weltrevolution. — R. Bucharin, Ueber die Offensivtaktik. — D. Wamski, Ueber die Verhandlungen in Siga. — S. Baruffe, Die Pflicht des Sozialisten. — R. Penta, Falsche Reden über die Freiheit. — R. Pentalovitch, Im Rande der gelben Internationale. — J. Jankaja, Georgien und Armenien, die Entente und Sowjetrussland. — G. Scharoun, Der Orient und die Revolution. — Kofstee und Kongresse der Arbeiter: Aufruf an die Ostländer. Aufruf an die Arbeiter Europas, Amerikas und Japans. — E. Borge, Die politische und soziale Lage des englischen Weltreichs. — J. Soboul, Die Verbrennung der Järpen. — R. Kolarow, Die Oktoberrevolution. — G. S. Die Spaltung in der holländischen Sozialdemokratie. — Ein junger Kommunist. Die Lage in Jugoslawien. — J. Herzog, Die revolutionäre Bewegung in der Schweiz. — R. Kowalsky, Die Arbeit der kommunistischen Partei auf dem Lande. — R. Krupskaja, Die Hauptstelle für politische Aufklärung. — R. Podwolsky, Die allgemeine militärische Ausbildung. — Der Internationale Rat der Arbeitervereine. — R. Pofomsky, Amsterdam, Moskau, London. — G. Dmitroff, Die Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien. — Die Lage der Arbeiterklasse in England. — Resolutionen des Zentralkomitees der Gewerkschaften in Genoa vom 7. September 1920. — R. Jankaja, Der Internationale Gewerkschaftsrat. — Dokumente der internationalen kommunistischen Bewegung. — Der Tätigkeit des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale. — Sitzungen des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale. — Aufrufe und Briefe. — Die Erklärung der kommunistischen Internationale. — Helten und Märtyrer der proletarischen Revolution. — Internationale kommunistische Jugendbewegung. — Illustrationen: Raymond Bejanc, J. Jacques Armand.
555 Seiten Preis Mark 7,—
Ja haben in
Kommunistische Bucherei
Breslau V, Gräbchenstr. 45

Sommer-Ausverkauf
Nur 5 Tage
Schluß:
Montag, den 4. Juli abends 6 Uhr.
Selten günstige Kaufgelegenheiten in
Damen- Wäsche Bett- Wäsche
Herren- Wäsche Tisch- Wäsche
Kinder- Wäsche Haus- Wäsche
Leinen- und Baumwollwaren
Washkleider Blusen Kinderkleidung
Unterröcke Schürzen
Gardinen / Möbelstoffe / Teppiche
Auf alle Waren, welche nicht mit Ausverkaufs-Netto-Preisen bezeichnet sind, wird während der 5 Ausverkaufstage ein Rabatt von **10 Prozent** gewährt.
Leinenhaus Bielschowsky
Nikolaistr. 76 Breslau Ecke Herrenstr.

Genossen und Genossinnen! Werbt für die Schlettische Arbeiter-Zeitung.

Saison -

600 Stück weiße
Damen-Hemden
aus durchweg soliden, feinfädigen und mittelfeinen Wäschestoffen.
Serie I vollweit u. groß 18.50
Serie II m. Bogen-Ärmchen 19.50
Serie III m. br. Stückerigara 23.50

Herren - Socken
ausschließlich schwerste Makosocken stark wollhaltige Schweißsocken sow. Normalsocken m. klein ausgebeßert. Fabrikfehler, in früheren doppelten bis 3fachen Wert
jetzt durchweg Paar 4.50

2000 Paar
Damen-Webstrümpfe
extra lang, nahtlos mit verstärkter Ferse und Spitze . . . Paar 3.90
1 Posten vorzügliche 1x1 gestrickte Frauenstrümpfe feingarn Qualität, vollständig nahtlos, schwarz und braun Paar 6.50

3000 Paar
Kinder - Söckchen
schwarz u. braun, nahtlos, gute extra beste Qualität für das Alter von 3-7 Jahren . . . Paar 2.50
von 8-12 Jahre Paar 3.50
Bunte Knaben-Söckchen
in fein. Farbstellung, geränget u. einf. mit bunten Rändern, nur für 6 bis 13 Jahre durchweg Paar 4.50

600 Stück
Mako - Herrenhemden
in 3extr. gut. Qual. Serie I: Feinfäd. Vorderschl., alle Größen St. 27.—
Ser. II: Extraleinwand m. Vorderschl., alle Größen m. dopp. Brust St. 35.—

1200 Stück
Trikot-Einsatzhemden
makofarbig m. prakt. Einseit. Einsatz, alle Größen Stück 31.50, 29.—
makofarbig m. Einseit. u. bunten Aermelpassen, alle Gr. St. 32.50
prima weiß Trikot, feinfädig, in verarbeitet, m. prakt. Einseit. u. alle Größen Stück 33.—

Makofarbig
100 Stück
Trikot-Badeanzüge
aus 1a schwarzem Trikot mit und ohne farbigen Besätzen.
Kindergrößen durchw. 19.50, 16.50
Damengrößen durchweg 24.50
Herrengrößen durchweg 27.50
Sternzwirn schwarz und weiß 20 Meter Stern —,35

Knaben-Waschanzüge
in blau-weiß gestreift, Regattastoff eleg. Verarbeitung, Schlupfbluse u. mit Anknöpfhose. Für das Alter von 7-10 Jahren 79.50, 68.—
von 3-6 Jahren 62.—, 49.50
2000 Meter 60 cm. breites gebleichtes Hemdentuch mittelfein ohne Appretur Meter 8.50
2000 Meter Rohnessel 58 cm breiter prima süddeutsche Ware Meter 7.25
Wallis für Bettbezüge
gute Qualität, schöne Streifen, für 1 Deckbett 130 cm br., Mtr. 32.50
1 Kissen 80 cm breit Mtr. 19.75
Türkischrotes, federdichtes **Köper-Inlett** edelfarbig, für Deckbett, 130 cm br. Mtr. 32.50
1 Kissen 80 cm breit Mtr. 19.50
1 Posten 80 cm breite **Bettzücken** gute, schlesische Ware, in schön. Mast Mtr. 10.50
Es Züchen-Bettgarnituren extra gute Qualitäten, 130 cm breit Meter 19.50
80 cm breit Meter 12.75
1 Posten **Bett-Damast** 130 cm breit, Deckbett - Breite schönes Muster Meter 28.50
2 Posten **Laken, Dwolaz u. Haustuch** 139 cm breit, ganz u. halbbeleuchtet Meter 19.50
130 cm breiter **Rohnessel** süddeutsch. Ware f. Bettwäsche, Laken etc. Mtr. 16.50
1000 Meter Handtuchstoffe weiß-grün gestreift m. roter Kante Meter 8.50
kräftig Gerstenkorn Meter 5.90

600 Stück
praktische **Wiener Schürzen**
dunkel und hellgestreifte Siamosen, Creton, Satin, große Formen, mit Krause u. Tasche 27.50, 22.75, 19.75
Ein Posten **Hausschürzen**
Siamosen u. doppelseitige, dunkle Druck-tolfe, extra weit, 18.95, 17.95

Ausverkauf

1 Posten **Linon f. Bettwäsche**
langhängende, starkfäd. Qualität f. Deckbett 130 cm breit Mtr. 22.50
f. Kissen 80 cm breit Mtr. 12.50
1 Posten **Hemden - Oxjords**
gestreift für Männer- und Knabenhemden, kräftige Qualität Meter 7.80
Kleiderstoffe schwarzweiß kar. waschl. Ware dopp. br. Mtr. 13.50
Dirndl-Musseline in hervorr. Muster-Answ. 80 cm br. Mtr. 11.50
Wasch-Musseline erstkl. Qual. prachtv. Tupfen-Muster Mtr. 12.50
Segelt. Schnür-Sportstiefel
grau, für Knaben, Mädchen und Erwachsene, m. Leder- u. Chromledersohle, gute Verarbeitung. Größe 36-42. Paar 29.—
Kleinkinder-Stiefelchen
schwarz, Leder, m. durchgenähter Ledersohle und Absatzfleck, schwarzer Stollrücken Gr. 22-26 durchweg Paar 16.—
Schwarze Segeltuch Schnürhalbschuhe
mit prima durchgenähter Ledersohle Paar 25.—
Graue schicke **Segeltuch - Schnürschuhe**
teilw. m. stoffbezogenem Absatz und guter Ledersohle Paar 38.—
Weiße **Leinen-Spangenschuhe**
gut verarbeitet, m. durchgenähter fester Ledersohle Paar 28.—
10000 Meter **Weißes baumwoll. Band**
ca. 1 1/2 cm breit, in 5 Meter-Stücke der Meter —,20
Maschinengarn weiß u. schw. 200 Meter Rolle 1.75